

Liebe Leserinnen und Leser,

im März kamen die Pläne für die Finanztransaktionssteuer nur wenig voran. Die Verhandlungen auf europäischer Ebene gestalten sich weiterhin zäh. Zypern konnte sich dem Druck zum Beitritt zur Verstärkten Zusammenarbeit bislang widersetzen. Italien erhebt seit Anfang März eine stark abgemilderte Form der Finanztransaktionssteuer.

Die Finanzlobby wettet seit einigen Wochen intensiv gegen die Steuerpläne. Offenbar mit erstem, aber bisher noch unverbindlichem Erfolg: Der Bundesrat spricht sich für die Ausnahme von sogenannten "Market Makern" aus und will Ausnahmen für Transaktionen im Zusammenhang mit der Altersvorsorge prüfen lassen - klare Forderungen in Richtung Verwässerung. Diesen Tendenzen müssen wir weiter entgegen wirken.

Die Parteien haben sich weiter zur Mittelverwendung und unseren entsprechenden Kampagnenforderungen positioniert. Mehr zu alldem in diesem Newsletter.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Fortschritte bei der Verstärkten Zusammenarbeit
- Stellungnahme des Bundesrats zum Richtlinienentwurf
- Belastung von Kleinsparern und Altersvorsorge
- Finanztransaktionssteuer in Italien
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

27. März: Die Zeit widmet [Sven Giegold](#) einen Artikel über seinen Einsatz für die Finanztransaktionssteuer bei Attac und als Europaparlamentarier der Grünen.

23. März: [Axel Troost](#), finanzpolitischer Sprecher der Linken, kommentiert die aktuellen Pläne zur Finanztransaktionssteuer und wirbt dafür, einen gewichtigen Teil der Einnahmen für globale Armutsbekämpfung sowie Umwelt- und Klimaschutz einzusetzen.

23. März: Die Finanztransaktionssteuer werde nicht zum 1. Januar 2014 in Kraft treten - dieser Termin sei unrealistisch, so [Ministerialrätin Gerda Hofmann](#) aus dem Bundesfinanzministerium.

12. März: Die [SPD](#) nimmt in ihr Wahlprogramm die Zusage auf, eine Milliarde Euro zusätzlich für Armutsbekämpfung und Entwicklung auszugeben und dazu u.a. Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer zu nehmen

6. März: [Börsenhändler](#) verhalten sich egoistischer und rücksichtloser als normale Menschen und schneiden im Kooperationsverhalten sogar noch schlechter ab als Psychopathen, so der Schweizer Psychiater Thomas Noll gegenüber dem Spiegel.

1. März: Die [Bundesregierung](#) rechnet damit, dass sich der Kreis der an der Finanztransaktionssteuer teilnehmenden Staaten von elf auf bis zu achtzehn Staaten ausdehnen wird.

Entwicklungen im Ausland:

27. März: Der [Europa-Ausschuss des britischen Oberhauses](#) appelliert, Rechtsmittel gegen die Finanztransaktionssteuer einzulegen.

27. März: [Vince Cable](#), liberaldemokratischer britischer Minister für Unternehmen, Innovationen und Qualifikation, äußert sich positiv zur Finanztransaktionssteuer, bleibt aber dennoch klar auf Distanz zu den europäischen Steuerplänen.

20. März: Der britische Finanzminister [George Osborne](#) weicht die britische Stempelsteuer etwas auf und distanziert sich abermals von der Finanztransaktionssteuer.

15. März: Der [Europäische Rat](#) "stellt fest, dass die Arbeiten betreffend die Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer vorankommen."

Im Entwurf vom 4.3. hieß es noch: „Die teilnehmenden Mitgliedstaaten sollten die Arbeiten betreffend die Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer beschleunigen.“

8. März: Eine [australische Finanzsoftwarefirma](#) wirbt bereits für Software, um die Finanztransaktionssteuer zu erheben.

7. März: Der [zypriotische Finanzminister](#) lehnt es ab, im Gegenzug für Euro-Finanzhilfen eine Finanztransaktionssteuer einzuführen.

6. März: EU-Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#) wirbt in Washington für die Finanztransaktionssteuer und bringt sie in Zusammenhang mit Entwicklungsfinanzierung und Klimaschutz.

5. März: Die ersten Stadträte in [Großbritannien](#) sprechen sich für eine Finanztransaktionssteuer aus.

1. März: [Italien](#) erhebt eine Transaktionssteuer auf Aktien großer italienischer Unternehmen und auf darauf abgeleitete Derivate.

25. Februar: Die [US-Regierung](#) lehnt auch unter dem neuen Finanzminister Jack Lew die Finanztransaktionssteuer ab.

Fortschritte bei der Verstärkten Zusammenarbeit

Bisher gibt es seit dem neuen Richtlinienentwurf der EU-Kommission von Mitte Februar kaum Fortschritte aus den zwischenstaatlichen Verhandlungen zu vermelden. Das letzte Treffen der Fachbeamten aus den EU-Mitgliedstaaten Ende Februar wurde dominiert von der Kritik einiger EU-Staaten, die nicht an der Verstärkten Zusammenarbeit teilnehmen. Entsprechend wurden auch wieder Grundsatzfragen diskutiert. Da der Vorschlag der Kommission erst kurz zuvor vorgelegt wurde, blieb die Diskussion um seine konkreten Inhalte oberflächlich. Frankreich hatte auch für die Besteuerung von Devisentransaktionen geworben, wurde von Deutschland aber darin nicht aktiv unterstützt. Die Fachbeamten treffen sich erst wieder am 8. April, um über die Steuerpläne zu diskutieren.

Stellungnahme des Bundesrats zum Richtlinienentwurf

Der Bundesrat hat am 22. März eine Stellungnahme zum Kommissionsvorschlag für die teil-europäische Finanztransaktionssteuer abgegeben.

Darin werden die Steuerpläne ausdrücklich begrüßt und bekannte Positionen wiederholt. Neu und deshalb besonders interessant sind dagegen die folgenden Punkte:

So fordert der Bundesrat, Ausnahmen von Produkten in Zusammenhang mit der **Altersversorgung** zu prüfen oder alternativ ein Freibetrag zugunsten von Altersvorsorgeprodukten zu prüfen. Zudem solle die Bundesregierung prüfen, ob der Steueranspruch aus dem Ausgabeprinzip tatsächlich durchgesetzt werden könne. Außerdem fordert der Bundesrat weitere Ausnahmen für **Transaktionen mit der öffentlichen Hand**, etwa bei Landesförderanstalten oder Abwicklungsanstalten. Einen deutlichen Schritt zur Verwässerung der Steuer stellt die Forderung nach einer "begrenzten und zielgerichteten" Ausnahme für Market Maker dar.

Ein abgelehnter Antrag des Landes Baden-Württemberg regte die Verwendung der Einnahmen als EU-Eigenmittel an.

Zur Stellungnahme des Bundesrats (TOP 69):

http://www.bundesrat.de/cln_330/nn_2372724/DE/parlamentsmaterial/to-plenum/908-sitzung/to-node.html?nnn=true

Belastung von Kleinsparern und der Altersvorsorge

Eigentlich ist zur Belastung von Kleinsparern und Riesterrentnern durch die Finanztransaktionssteuer längst alles gesagt. Seit die Steuerpläne weiter Konturen annehmen, mehren sich aber aus der Finanzbranche die Warnungen vor einer angeblich übermäßigen Belastung. Deswegen geben wir hier eine Übersicht an Argumenten und Quellen, welche die Horrorszenarien widerlegen.

I) Stellungnahme von [Attac](#), Finanzausschuss des Bundestags, 30.11.2011:

Einige Gegner der Steuer halten hartnäckig am Argument fest, die Steuer würde den Kleinsparer, die Kleinsparerin treffen. Ebenso hartnäckig muss dieser Einwand zurückgewiesen werden. Durch die niedrigen Steuersätze ist die Steuer bei einzelnen Transaktionen kaum spürbar und im Vergleich mit den gleichzeitig anfallenden Gebühren vernachlässigbar. Erst bei hohen Summen, hoher Fremdfinanzierung oder sehr häufigem Handeln entstehen spürbare Belastungen.

Der Ökonom Max Otte hat dem Finanzausschuss in der Anhörung im Mai 2010 die Steuerbelastung eines Kleinsparers vorgerechnet: Bei einer jährlichen Einzahlung von 1200 Euro über eine Laufzeit von 20 Jahren würde bei einer Finanztransaktionssteuer von 0,05 % lediglich ein Betrag von 74 Euro fällig, wohingegen die Belastung durch Gebühren der Finanzbranche bei etwa 8000 Euro liegen würde.

Die Steuerlast fällt im Wesentlichen bei Finanzinstituten an, die im Eigenhandel oder im Auftrag vermögender Kunden regelmäßig kurzfristige, zumeist spekulative Geschäfte tätigen. Ein Hedge Fonds etwa hat typischerweise ein Mindestanlagevolumen von 100.000 Euro bis hin zu mehreren Millionen Euro. Dahinter stehen keine Kleinsparer.

CSU-Generalsekretärs Dobrindt hat dies im Zusammenhang mit der Finanztransaktionssteuer treffend auf den Punkt gebracht: "Lehman Brothers und Konsorten haben mit dem kleinen Sparer so viel zu tun wie die bemannte Raumfahrt mit dem Tourismus".

Wie bei allen progressiv wirkenden Steuern profitiert der Kleinsparer im Endeffekt von der Steuer, da die öffentliche Hand in Zeiten klammer Kassen Handlungsspielräume zurückgewinnt, die der Gesellschaft zugute kommen.

II) Eine ausführliche Stellungnahme mit Rechenbeispielen zur selbigen Anhörung stammt von [Richard Böger](#), dem Vorstandsvorsitzenden der Bank für Kirche und Caritas.

III) Das Ausmaß der Steuerbelastung hängt in hohem Maß von der Umschlagshäufigkeit des

Wertpapierportfolios ab, d.h. wie oft der Fonds das Finanzvermögen des Kleinsparers umschichtet. Konservative Fonds schichten das Portfolio nur selten um. Von Gegnern der Finanztransaktionssteuer werden dagegen Rechenbeispiele von Fonds mit hoher Umschlagshäufigkeit vorgebracht. Dorothea Schäfer vom DIW hat in einer [Studie](#) den Portfoliowert in Abhängigkeit von der Umschlagshäufigkeit dargestellt (vgl. Abbildung 5 auf S. 4). Das Ergebnis: Verglichen mit Verwaltungskosten und Ausgabeaufschlägen fällt die Steuerbelastung bei seriös wirtschaftenden Fonds kaum ins Gewicht.

IV) Eine von der britischen Kampagne erstellte Studie liefert Zahlen und Argumente, warum Pensionsfonds nicht von der Finanztransaktionssteuer ausgenommen werden sollten:

[No Exemptions: The Financial Transaction Tax and Pension Funds.](#)

V) Nicht zuletzt hat auch die EU-Kommission die Belastung und mögliche Ausnahme von Pensionsfonds in ihrer Folgenabschätzung geprüft und sich dagegen ausgesprochen (S. 36ff):

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/swd_2013_28_en.pdf

Finanztransaktionssteuer in Italien

In Italien ist Anfang März eine stark abgespeckte Variante der Finanztransaktionssteuer in Kraft getreten. Sie ähnelt der französischen Steuer und wird auf den Handel mit Aktien großer italienischer Unternehmen und davon abgeleitete Derivaten erhoben. Wie bei der britischen Stempelsteuer ist dabei unerheblich, wo die Transaktion getätigt wird. Die Steuersätze liegen bei 0,12 Prozent für börsliche und 0,22 Prozent für außerbörsliche Transaktionen. Sie sollen 2014 auf 0,1 Prozent bzw. 0,2 Prozent abgesenkt werden.

<http://www.investor-verlag.de/finanzkrise-thema/italien-krise/seit-freitag-italienische-finanztransaktionssteuer/112158021/>

Kampagnenaktivitäten

Politikergespräche, Parteien und Wahlprogramme

Im Februar traf sich die Kampagne mit Vertretern von Union, SPD, der Linken und den Grünen, um für die Aufnahme unserer Forderungen zur Mittelverwendung in die Wahlprogramme (und die anschließende Umsetzung) zu werben (siehe Februar-Newsletter). Die Parteien haben inzwischen reagiert. Die Wahlkampfsonderseite der Kampagne wird laufend aktualisiert. Eine aktuelle Übersicht:

CDU/CSU

Zitatesammlung:

Die Kampagne hat inzwischen eine autorisierte Zitatesammlung des Gesprächs mit Unions-Fraktionsvize Michael Meister, den Entwicklungspolitikern Christian Ruck, Dagmar Wöhlrl und Sibylle Pfeiffer sowie Menschenrechtspolitikern Frank Heinrich.

Laut Michael Meister dürfte es "bis zur Bundestagswahl am 22.9. keinen Entscheidungsbedarf im Bundestag geben." In Punkto Mittelverwendung äußerte er "...viele Fachpolitiker haben bereits Vorschläge für die Verwendung dieser Mittel unterbreitet, die leider nicht miteinander konsistent sind". Die Entwicklungspolitikern bekräftigten einerseits das 0,7 Prozent-Ziel der Entwicklungsfinanzierung, relativierten es jedoch andererseits wieder.

Zur vollständigen Zitatesammlung:

http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Dateien/Kampagnen-Seite/Unterstuetzung_Inland/Parteien

/wahlkampf/Zitate_Vermerk_Kampagnengespr%C3%A4ch_2_2013.pdf

SPD

Antwortschreiben:

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, Finanzpolitiker Carsten Sieling und Entwicklungspolitikerin Bärbel Kofler haben der Kampagne in einem [Brief](#) geantwortet. Darin heißt es in Punkto

Mittelverwendung:

"Wir wollen die Mittel aus der Finanztransaktionssteuer sowohl für ein europäisches Wachstums- und Investitionsprogramm wie auch für die weltweite Armutsbekämpfung und den Klima- und Umweltschutz einsetzen. Die Entwicklungsgelder müssen effizient zur Umsetzung der Millenniumsziele sowie zur Umsetzung und Zusammenführung mit den auf der Rio-Konferenz beschlossenen Nachhaltigkeitszielen eingesetzt werden." Die drei Abgeordneten verweisen ferner auf den Entwurf des Wahlprogramms (s.u.).

Wahlprogramm:

Im Entwurf des [Wahlprogramms](#), vom SPD-Vorstand am 11. März beschlossen, findet sich folgende Passage:

"Am Ziel 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, halten wir fest. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat dieses Ziel so vernachlässigt, dass vereinbarte Zeitpläne dafür nicht mehr zu halten sind. Um das Ziel dennoch grundsätzlich zu erreichen, wollen wir jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen und verstärkt neue und innovative Finanzierungsinstrumente in Deutschland und europaweit nutzen, insbesondere auch Mittel aus der Finanztransaktionssteuer."

Hier ist also deutlich die Verbindung von Finanztransaktionssteuer und Entwicklungsarbeit formuliert. Ein Erfolg unserer Kampagne!

Die anvisierte Erhöhung um eine Milliarde Euro entspricht etwa 0,04 Prozent des deutschen Bruttonationaleinkommens. Bei derzeit etwa 0,4 Prozent reicht dies also bei weitem noch nicht aus, um das 0,7 Prozent-Ziel zu erreichen. Hier ist das Programm zumindest unklar. Was auch fehlt, sind die Bereiche Klimaschutz und nationale Armutsbekämpfung. Das Programm muss noch vom Parteitag beschlossen werden.

LINKE

Antwortschreiben:

Der stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei, Axel Troost, hat der Kampagne in einem [Antwortschreiben](#) auf ihr Forderungspapier zur Mittelverwendung geantwortet.

Darin bekräftigt er das 0,7 Prozent-Ziel der Entwicklungsfinanzierung und stellt zusätzliche Mittel für Klima- und Umweltschutz in Aussicht. Die bisherige Position der Bundestagsfraktion DIE LINKE sei, die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer zu gleichen Teilen für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens und für globalen Klimaschutz einerseits sowie für den sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft andererseits zu nutzen.

Diese Forderung wurde inzwischen in einem [Meinungskommentar im neuen Deutschland](#) sowie einer [Parteikolumne](#) bekräftigt. Ein klarer Erfolg für die Kampagne!

Bündnis 90/Grüne

Antwortschreiben:

In einem [Antwortschreiben](#) von Fraktionsvorsitzendem Jürgen Trittin, Finanzpolitikerin Lisa Paus und

Entwicklungspolitiker Thilo Hoppe bekräftigen die Grünen das 0,7 Prozent-Ziel der Entwicklungsfinanzierung deutlich. Außerdem heißt es ferner:

"Wir streben an, dass mögliche Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer dem EU-Haushalt zugeführt und im Gegenzug die nationalen Beiträge abgesenkt werden. Die Finanztransaktionssteuer würde zusätzliche Spielräume eröffnen, die wir sowohl für die Finanzierung wirtschaftlicher Impulse, als auch für verstärkte Ausgaben bei der Entwicklungszusammenarbeit und beim internationalen Klimaschutz nutzen wollen."

Wahlprogramm:

Im Entwurf des [Wahlprogramms](#) der Grünen soll auf S. 33 die Finanztransaktionssteuer einen Teil der Kosten der Stabilisierung der Finanzmärkte begleichen helfen.

Auf S. 177 werden neue Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit in Aussicht gestellt:

"Wir wollen neue Finanzierungsinstrumente einsetzen, wie die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer und einer erhöhten Flugticketabgabe. So wollen wir bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode das 0,7%-Ziel erreichen."

Auch dies ein guter Erfolg für die Kampagne.

FDP

Bei der FDP, welche der Finanztransaktionssteuer grundsätzlich ablehnend bis skeptisch gegenübersteht, hat die Kampagne auf ein Treffen verzichtet. Stattdessen hat sich die Kampagne in einem [offenen Brief](#) an Parteivorsitzenden Philipp Rösler gewandt, um ihre Position abzufragen. In diesem Brief werden auch Vorbehalte der FDP bezüglich der Auswirkungen auf Kleinsparer, Realwirtschaft und Ausweichreaktionen aufgegriffen und zurückgewiesen.

In einer [Rückmeldung](#) der FDP werden die Vorbehalte wiederholt und ein konkretes Modell vom Bundesfinanzminister angemahnt, welches die Bedenken der FDP berücksichtigt.

Pressemitteilungen

13. März: Bündnis weist Brüderle-Polemik gegen Finanztransaktionssteuer zurück. Offener Brief an FDP-Chef Philipp Rösler: Kleinsparer profitieren von Steuer

Angesichts des anhaltenden Widerstands der FDP gegen die Steuerpläne wendet sich die Kampagne mit einem offenen Brief an die Öffentlichkeit und weist die Vorwürfe der FDP zurück. Die Finanztransaktionssteuer belastet weder Kleinsparer und Riesterrentner, noch die Realwirtschaft - im Gegenteil käme diesen die stabilisierende Wirkung der Steuer zugute.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#).

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.